

GZ BMFJ-510101/0002-BMFJ-I/1/2018

**Stellungnahme des Bundes Österreichischer Frauenvereine
zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Familienlastenausgleichsgesetz 1967 und das Einkommensteuergesetz 1988
geändert werden**

Bemerken könnte man derzeit nur, dass die in den erläuternden Bemerkungen angeführte erwartete Ersparnis von über 100 Millionen € nicht zu lukrieren sein wird. Durch die erforderliche und auch regelmäßig anzupassende Berechnung der Kaufkraftunterschiede ist ein erhöhter Verwaltungsaufwand gegeben. Es ist zu erwarten, dass Eltern ihre Kinder, für die sie nun in Österreich höhere Beträge beziehen, als bei deren Verbleiben in den Herkunftsländern, nach Österreich mitbringen. Dies wäre in der Folge mit wesentlich höheren Kosten bzgl. Ausbildung, medizinischer und sozialarbeiterischer Betreuung, Wohnraumbedarf usw. verbunden, als die Ersparnis durch die geplanten Reduzierungen.

Wien, 15. 2. 2018

Dr. Elisabeth Körner

ELEONORE HAUER-RONA, Vorsitzende
BUND ÖSTERREICHISCHER FRAUENVEREINE
NATIONAL COUNCIL OF WOMEN – AUSTRIA
A-1090 WIEN, WILHELM EXNERGASSE 34
TELEFON +43-1-319 37 62
FAX +43-1-319 43 28
ZVR 316472546